

Klingemann, Hans-Dieter

Book Part — Digitized Version

Bürger mischen sich ein: die Entwicklung der unkonventionellen politischen Beteiligung in Berlin, 1981-1990

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Klingemann, Hans-Dieter (1991) : Bürger mischen sich ein: die Entwicklung der unkonventionellen politischen Beteiligung in Berlin, 1981-1990, In: Hans-Dieter Klingemann, Richard Stöss, Bernhard Weißels (Ed.): Politische Klasse und politische Institutionen: Probleme und Perspektiven der Elitenforschung. Dietrich Herzog zum 60. Geburtstag, ISBN 3-531-12306-8, Westdeutscher Verlag, Opladen, pp. 375-404

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/122421>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).

Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Bibliothek und wissenschaftliche Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)

Library and Scientific Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.

More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Bürger mischen sich ein: Die Entwicklung der unkonventionellen politischen Beteiligung in Berlin, 1981-1990

1. Einleitung

Das allgemeine Recht, aktiv am Prozeß der politischen Willensbildung teilzunehmen, ist ein zentraler Wert liberal-demokratischer Verfassungen. Die Bürger sollen, so die Erwartung, Interessen öffentlich vertreten und in den politischen Entscheidungsprozeß einbringen. Dies rational, verantwortlich und regelmäßig zu tun, wird ihnen als Verpflichtung auferlegt.

Die empirische Politikforschung hat die Entwicklung der politischen Beteiligung der Bürger und die Formen, in denen sie sich vollzieht, seit langem zum Gegenstand ihres Interesses gemacht. Sie hat durch ihre Ergebnisse zunächst auf den Unterschied zwischen normativem Anspruch und alltäglichem Verhalten hingewiesen. So war die Beteiligung an Wahlen oft niedrig, vor allem in den USA, und nur wenige machten von den Möglichkeiten Gebrauch, aktiv in den Parteien mitzuarbeiten. Unter diesen Bedingungen war der Spielraum für die politischen Eliten groß. Die Bürger mischten sich wenig ein und wenn, dann vor allem im Rahmen periodisch wiederkehrender allgemeiner Wahlen. Und bei Berelson et al.¹ konnte man lesen, daß dieser Zustand für den politischen Prozeß auch förderlich sei. Solange die politischen Führungsgruppen gute Politik machten und der Bürger zufrieden sei, brauche er die Kosten der politischen Beteiligung nicht auf sich zu nehmen.

Seit Ende der sechziger Jahre, vor allem auch als Folge der Studentenbewegung, war jedoch nicht mehr zu übersehen, daß die Bürger Wünsche und Forderungen auch zu anderen Gelegenheiten als bei Wahlen und mit einer Vielfalt ungewohnter Mittel an die Öffentlichkeit brachten. Wie war diese Entwicklung der politischen Beteiligung zu interpretieren? Nicht wenige sprachen von Unordnung, Umsturz und Anarchie als unmittelbare oder mittelbare Konsequenz der neuen Lage². Bei genauerem Hinsehen konnte man allerdings feststellen, daß unter denjenigen, die

1 Vgl. Bernard R. Berelson/Paul F. Lazarsfeld/William N. McPhee, *Voting*, Chicago/London: University of Chicago Press 1954.

2 Vgl. Samuel P. Huntington, *Postindustrial Politics: How Benign Will It Be?*, in: *Comparative Politics*, 6. Jg. 1974, H. 1, S. 163-191.

sich zur Durchsetzung ihrer Ziele der neuen Beteiligungsformen bedienten, viele waren, die das auch im Rahmen von Parteien und Wahlen taten. Die "konventionellen" und die "unkonventionellen" Partizipationsweisen schlossen sich also nicht prinzipiell gegenseitig aus, sondern hatten auch ergänzenden Charakter. Von Umsturz und Anarchie konnte jedenfalls kaum die Rede sein. Diesen Sachverhalt empirisch aufgezeigt zu haben, bleibt das Verdienst der Political Action-Studie³. Der Befund hatte Bestand. Er wurde in der Partizipationsforschung seitdem oft repliziert.

Das bedeutet natürlich nicht, daß damit in der Politik alles beim alten bleibt. Bei dem engen Zusammenhang zwischen Schulbildung und politischer Beteiligung hat die Öffnung des Bildungssystems in den sechziger Jahren strukturell dazu beigetragen, daß sich der Kreis der Bürger, die an politischen Entscheidungsprozessen teilnehmen wollen, wesentlich erweitert hat. Zu der Gruppe der Berufspolitiker, die regelmäßig an staatlichen Entscheidungen beteiligt sind, tritt in immer stärkerem Maße eine Gruppe sporadischer Mitpolitiker, die sich einmischen, wenn spezielle Problemlagen zur Debatte stehen. Diese Ausweitung des Kreises der politischen Aktiven ist in typischer Weise mit dem verstärkten Einsatz unkonventioneller politischer Beteiligungsformen verknüpft. Sie wurden für die Durchsetzung von Zielen verwendet, die von den etablierten politischen Akteuren entweder gar nicht oder nur zögerlich aufgegriffen wurden. Schon der Versuch, die entsprechenden Themen auf die Tagesordnung der Politik zu setzen, war schwierig und gelang letztlich nur durch den Rückgriff auf medienwirksame unkonventionelle Mittel. Insofern hat auch die Entfaltung des Systems der Massenkommunikation den neuen Politikstil strukturell begünstigt.

Wir haben die Zunahme der Verwendung unkonventioneller politischer Beteiligungsformen unter diesen Aspekten als ein Anzeichen interpretiert, die Richtung politischer Beeinflussungsprozesse zu verändern⁴. Der Handlungsspielraum der professionellen Politiker wurde durch die Herausforderung der sporadischen Mitpolitiker deutlich geringer. Ein neuer "elite challenging"-Politikstil gewinnt im Vergleich zum alten "elite directed"-Politikstil an Gewicht⁵.

Geändert hat sich, so meinen wir, auch der Grad der Akzeptanz unkonventioneller Beteiligungsformen. Manche Aktion, die Anfang der siebziger oder achtziger Jahre noch weithin verpönt war, ist heute ein vertrauter Bestandteil des politischen Prozesses. Dazu hat sicherlich auch beigetragen, daß sich manches politische Problem, das der Bevölkerung auf unkonventionelle Weise nahegebracht wurde, später als wichtig erwiesen hat. Das Umweltthema ist dafür ein gutes Beispiel.

Wir wollen in diesem Beitrag fragen, wie sich die Bereitschaft zur unkonventionellen politischen Beteiligung im letzten Jahrzehnt entwickelt hat. Wir wollen

3 Samuel H. Barnes/Max Kaase et al., *Political Action, Mass Participation in Five Western Democracies*, Beverly Hills, Ca.: Sage 1979.

4 Vgl. Ronald Inglehart/Hans-Dieter Klingemann, Ideological Conceptualization and Value Priorities, in: ebd., S. 203-214.

5 Vgl. auch Dieter Fuchs, The Normalization of the Unconventional, *WZB-Discussion Paper*, III 90-203 (1990), S. 1.

untersuchen, ob die Bestimmungsgründe für diese Art der Partizipation gleich geblieben sind oder ob sie sich geändert haben. Und wir wollen diskutieren, was diese Entwicklung für den Prozeß der Interessenrepräsentation bedeutet.

Wir untersuchen diese Fragen am Beispiel West-Berlins. Hier gehört die unkonventionelle Beteiligung seit langem zur politischen Realität, hier zeigt sich das uns interessierende Phänomen mit großer Deutlichkeit. Aus eben diesem Grunde können die Ergebnisse allerdings auch nicht auf die Bundesrepublik übertragen werden. Ihr Geltungsbereich ist auf die Großstadt beschränkt.

Für die Analyse stehen uns Daten aus drei Umfragen zur Verfügung, die in den Jahren 1981, 1986 und 1990 durchgeführt wurden. Dietrich Herzog hat diese Forschungen 1981 mit auf den Weg gebracht.

2. Der Begriff und die Formen unkonventioneller politischer Beteiligung

Nie/Verba verstehen unter politischer Partizipation legale Aktivitäten der Bürger, die mehr oder weniger direkt darauf gerichtet sind, die Auswahl des politischen Personals unter Berücksichtigung der politischen Ziele, die es verfolgt, zu beeinflussen⁶. Wir schließen uns dieser Definition insoweit an, als sie den Begriff auf die Beziehungen zwischen den politischen Herrschaftsträgern und den Bürgern einschränkt. Die Beteiligungsformen durch das Kriterium "Legalität" zu begrenzen, erscheint uns dagegen als zu restriktiv. Wir wollen den Begriff politische Beteiligung vielmehr auf sämtliche Verhaltensweisen ausdehnen, durch die der Bürger den politischen Entscheidungsprozeß zu beeinflussen versucht.

Gestützt auf die bisherigen Ergebnisse der Partizipationsforschung, unterscheiden wir zwischen "konventionellen" und "unkonventionellen" Beteiligungsformen. Zu den konventionellen Beteiligungsformen zählen vor allem diejenigen, die im Rahmen repräsentativ verfaßter demokratischer Systeme wichtig sind. Das gilt z.B. für die Teilnahme an Wahlen, für die Werbung für politische Parteien und andere wahlkampfbezogene Aktivitäten der Bürger. Fuchs⁷ hebt darüber hinaus hervor, daß die so ausgedrückte Unterstützung in der Regel generellen Charakter besitzt und sich auf hochaggregierte Zielbündel, wie sie etwa in Wahl- und Parteiprogrammen zusammengefaßt werden, bezieht. Sie werden konventionell genannt, weil sie dem überwiegenden Teil der Bevölkerung bereits seit langem vertraut sind und deshalb in der Regel auch als legitim angesehen werden.

6 Vgl. Norman H. Nie/Sidney Verba, Political Participation, in: Fred I. Greenstein/Nelson W. Polsby (Hrsg.), *Handbook of Political Science, Nongovernmental Politics*, Bd. 4, Reading, Mass.: Addison-Wesley 1975, S. 1.

7 Fuchs, Normalization (Anm. 5).

Die unkonventionellen politischen Beteiligungsformen sind hingegen in der Regel nicht institutionalisiert, werden aber, obschon überwiegend legal, dennoch von einem größeren Teil der Bevölkerung als illegitim angesehen. Fuchs⁸ präzisiert darüber hinaus wie folgt: "They differ from institutionalized forms primarily in the fact that they are aimed directly at the political authorities and express very specific interests."

Faßt man zusammen, so kann die unkonventionelle politische Beteiligung durch drei Merkmale gekennzeichnet werden:

- 1) Unkonventionelle Beteiligungsformen werden eingesetzt, um sehr spezifische politische Ziele zu verfolgen, die enger definiert sind als die Zielbündel, für die Parteien bei Wahlen gewöhnlich um Unterstützung werben.
- 2) Unkonventionelle Beteiligungsformen sind überwiegend nicht institutionalisiert und werden eher situationsspezifisch eingesetzt. Sie richten sich direkt auf die politischen Autoritäten.
- 3) Unkonventionelle Beteiligungsformen werden, obschon in der Regel legal, in der Bevölkerung noch häufig als nicht legitim angesehen.

Die hier betrachteten Formen der unkonventionellen politischen Beteiligung werden durch Indikatoren repräsentiert, die der Political Action-Studie entnommen sind⁹. Sie lassen sich - das wurde in der genannten Studie gezeigt - von den konventionellen Beteiligungsformen auch empirisch sinnvoll abgrenzen.

Die unkonventionellen Beteiligungsformen kann man - theoretisch begründet und angelehnt an die Analysen von Muller¹⁰, Fuchs¹¹, Uehlinger¹² und Klingemann¹³ - in die legal unkonventionelle politische Beteiligung, den zivilen Ungehorsam und die politisch motivierte Gewalt untergliedern. Die legal unkonventionellen Beteiligungsformen (Bürgerinitiativen, Unterschriftensammlungen, genehmigte politische Demonstrationen, Boykotts) sind nicht gesetzeswidrig, gewaltfrei und nicht institutionalisiert. Der zivile Ungehorsam (Steuerverweigerung, Aufhalten des Verkehrs, Gebäudebesetzungen u.a.) verletzt dagegen heute geltendes Recht, teilt aber mit den legal-unkonventionellen Formen die Merkmale der Gewaltfreiheit und der Nicht-Institutionalisierung. Die Anwendung physischer Gewalt (Gewalt gegen Personen oder Sachen) schließlich kennzeichnet den dritten Typ, das politisch motivierte gewaltsame Handeln. Dieser dritte Typ wird, außer in den dimensional Analysen, in diesem Beitrag nicht weiter behandelt.

8 Ebd., S. 1.

9 Vgl. Barnes/Kaase et al., *Political Action* (Anm. 3), S. 540-559.

10 Vgl. Edward N. Muller, An Explanatory Model for Differing Types of Political Participation, in: *European Journal of Political Research*, 10. Jg. 1982, H. 1, S. 1-16.

11 Vgl. Dieter Fuchs, Die Aktionsformen der neuen sozialen Bewegungen, in: Jürgen W. Falter/Christian Fenner/Michael Th. Greven (Hrsg.), *Politische Willensbildung und Interessenvermittlung*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1984, S. 621-634.

12 Vgl. Hans-Martin Uehlinger, *Politische Partizipation in der Bundesrepublik*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1988.

13 Vgl. Hans-Dieter Klingemann, *Formen, Bestimmungsgründe und Konsequenzen politischer Beteiligung*, Berlin: Universitätsdruck 1985.

In den Umfragen wurden den Befragten insgesamt zehn ausgewählte unkonventionelle politische Beteiligungsformen vorgelegt. Die Antwortkategorien waren wie folgt formuliert: "Habe mich (in den vergangenen zehn Jahren) bereits daran beteiligt, würde mich bei einer wichtigen Sache beteiligen, würde mich in einer außergewöhnlichen Situation beteiligen und würde mich unter keinen Umständen beteiligen." Diese Formulierung der Antwortkategorien versucht den Umstand zu berücksichtigen, daß die Möglichkeit zur unkonventionellen politischen Beteiligung in der Regel von Anlässen und Gelegenheitsstrukturen abhängt, die zeitlich und geographisch sehr unterschiedlich verteilt sein können. Für die Interpretation der Ergebnisse ist also stets zu beachten, daß es sich bei der unkonventionellen Beteiligung sowohl um berichtetes Verhalten als auch um mitgeteilte Verhaltensabsichten handelt.

Die im Interview verwendete Beschreibung der Beteiligungsformen und die Verteilung der Antworten sind in Tabelle 1 dargestellt.

2.1. Die Entwicklung der unkonventionellen politischen Beteiligung

Ein erster Blick auf Tabelle 1 zeigt, daß sich sowohl die Beteiligungsbereitschaft ("würde mich beteiligen") als auch die berichtete tatsächliche Beteiligung ("habe mich bereits daran beteiligt") von 1981 bis 1990 drastisch verändert haben. Dies gilt für die legal-unkonventionelle Beteiligung ebenso wie für den zivilen Ungehorsam. Für den Bereich der politischen Gewalt trifft dies hingegen nicht zu. Sie wird nach wie vor von über 90 Prozent der Befragten abgelehnt.

Während die im Zeitraum von 1981 bis 1986 beobachteten Veränderungen eher graduell waren, sind die Veränderungen zwischen 1986 und 1990 dramatisch. Der Faktor, um den die berichtete tatsächliche Beteiligung zwischen 1981 und 1990 angewachsen ist, schwankt zwischen 2.7 (Unterschriftensammlung, Bürgerinitiative) und 8.7 (Boycott). Entsprechend sinkt auch der Anteil der Befragten, die sich auf diese Weise "unter keinen Umständen" beteiligen würden. Im Laufe der Zeit haben immer mehr Berliner Erfahrungen mit unkonventioneller politischer Beteiligung machen können. Heute hat eine Mehrheit der Bevölkerung ganz offensichtlich mit der Beteiligung an Unterschriftensammlungen, Bürgerinitiativen, Boykotts oder Demonstrationen keine Probleme mehr. Das Kriterium mangelnde Legitimität, das zur Definition des unkonventionellen Verhaltens herangezogen wurde, greift für die genannten Beteiligungsformen nicht mehr.

Tabelle 1: Formen der unkonventionellen politischen Beteiligung

Form der Beteiligung		Habe mich bereits daran beteiligt	bei wichtiger Sache	Wurde mich beteiligen: in außerge- wöhnlicher Situation	unter keinen Umständen	Kenne ich nicht/ keine Angaben	Insges.
		%	%	%	%	%	%
Beteiligung an einer Unterschriftensammlung	1981	26	26	20	22	6	100
	1986	30	26	16	22	6	100
	1990	71	17	6	5	1	100
Beteiligung an einer Bürgerinitiative	1981	11	23	27	30	9	100
	1986	12	29	22	31	6	100
	1990	30	41	16	11	2	100
Teilnahme an einer genehmigten politi- schen Demonstration	1981	11	12	25	44	8	100
	1986	13	16	14	51	6	100
	1990	44	18	11	25	2	100
Beteiligung an einem Boycott	1981	4	12	27	47	10	100
	1986	5	13	23	51	8	100
	1990	35	23	13	26	3	100
Weigerung, Mieten, Raten oder Steuern zu bezahlen	1981	1	6	19	65	9	100
	1986	2	5	18	67	8	100
	1990	8	18	23	48	3	100

Aufhalten des Verkehrs mit einer Demonstration	1981	3	7	9	70	6	100
	1986	2	5	13	76	8	100
	1990	16	14	15	53	2	100
Beteiligung an einem wilden Streik	1981	1	5	14	71	9	100
	1986	2	4	9	77	8	100
	1990	6	13	16	60	5	100
Besetzung von Häusern, Fabriken, Ämtern und anderen Gebäuden	1981	1	5	12	75	7	100
	1986	1	3	8	81	7	100
	1990	5	11	17	65	2	100
Beschädigung fremden Eigentums, z.B. Fenster einschlagen, Straßenschilder abmontieren o.ä.	1981	0	1	4	90	5	100
	1986	0	0	1	91	8	100
	1990	1	1	5	90	3	100
Anwendung von Gewalt gegen Personen, z.B. Schlägereien mit Polizisten oder anderen Demonstranten von der Gegenseite	1981	0	1	3	90	6	100
	1986	0	0	2	90	8	100
	1990	1	0	5	91	3	100

1981: N = 935

1986: N = 1878

1990: N = 1378

Der Befund ist erklärungsbedürftig. Dies gilt um so mehr, als Kaase¹⁴, Kaase/Neidhardt¹⁵ und Fuchs¹⁶ für den genannten Zeitraum in der Bundesrepublik keine größeren Veränderungen der unkonventionellen Partizipation feststellen können. Die Betrachtung der Veränderung der Korrelate unkonventioneller politischer Beteiligung wird den Sachverhalt klären helfen (s. Abschnitt 3).

2.2. Dimensionen der unkonventionellen politischen Beteiligung

In Anlehnung an frühere Arbeiten unterscheiden wir drei Typen unkonventioneller politischer Beteiligung: (1) legal-unkonventionelle Beteiligung, (2) zivilen Ungehorsam und (3) politische Gewalt. Um zu überprüfen, ob sich diese theoretisch sinnvolle Einteilung auch empirisch finden läßt, haben wir Hauptkomponentenanalysen durchgeführt. Das Ergebnis ist in Tabelle 2 dargestellt.

Zu jedem der drei Zeitpunkte ergab sich eine zweidimensionale Lösung. Die vier legal-unkonventionellen Beteiligungsarten (Unterschriftensammlung, Bürgerinitiative, genehmigte Demonstration und Boykott) laden jeweils klar auf dem ersten Faktor. Die beiden Beteiligungsarten, die gewaltsames Handeln implizieren, (Beschädigung fremden Eigentums und Anwendung von Gewalt gegen Personen) laden ebenso klar auf dem zweiten Faktor. Die vier Beteiligungsarten, die zivilen Ungehorsams beschreiben, können keinem der beiden Faktoren mit gleicher Eindeutigkeit zugeordnet werden. Sie laden auf beiden Dimensionen. Dieses Ergebnis spricht für einen graduellen Übergang von legal-unkonventioneller Beteiligung zu zivilem Ungehorsam und von zivilem Ungehorsam zu politischer Gewalt, nicht aber für einen leichten Übergang von legal-unkonventioneller Beteiligung zu politischer Gewalt. Bildet man additive Indizes aus den Items, die diese unterschiedlichen Beteiligungsformen repräsentieren, dann zeigt sich der Sachverhalt auch in den entsprechenden Korrelationen:

- 1) Die legal-unkonventionelle Beteiligung korreliert mit dem zivilen Ungehorsam insgesamt mit .65 (1981: .66; 1986: .62; 1990: .61);
- 2) der zivile Ungehorsam korreliert mit der politischen Gewalt insgesamt mit .45 (1981: .49; 1986: .42; 1990: .44);
- 3) die legal-unkonventionelle Beteiligung korreliert mit der politischen Gewalt insgesamt mit .22 (1981: .26; 1986: .20; 1990: .20).

14 Max Kaase, Mass Participation, in: M. Kent Jennings/Jan W. van Deth et al., *Continuities in Political Action*, Berlin/New York: de Gruyter 1990, S. 23-64.

15 Max Kaase/Friedhelm Neidhardt, *Politische Gewalt und Repression*, Unabhängige Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt (Gewaltkommission), Bd. IV, Berlin: Duncker&Humblot 1990.

16 Fuchs, Normalization (Anm. 5).

Tabelle 2: Die Dimensionalität unkonventioneller politischer Beteiligung

Art der politischen Beteiligung	1981		1986		1990	
	F1	F2	F1	F2	F1	F2
Beteiligung an einer Unterschriftensammlung	.820	-.043	.799	-.054	.734	-.075
Beteiligung an einer Bürgerinitiative	.834	.077	.814	-.049	.747	-.017
Teilnahme an einer genehmigten politischen Demonstration	.815	.271	.800	.209	.735	.246
Beteiligung an einem Boykott	.782	.213	.764	.247	.681	.297
Weigerung, Mieten, Raten oder Steuern zu bezahlen	.567	.517	.612	.355	.457	.513
Aufhalten des Verkehrs mit einer Demonstration	.629	.559	.595	.516	.573	.533
Beteiligung an einem wilden Streik	.581	.576	.548	.583	.474	.594
Besetzen von Häusern, Fabriken und anderen Gebäuden	.547	.633	.520	.601	.458	.642
Beschädigung fremden Eigentums105	.822	-.001	.851	-.011	.805
Anwendung von Gewalt gegen Personen043	.783	.017	.831	-.091	.768

Varimax rotierte Faktorenanalysen. F1 = Faktor 1; F2 = Faktor 2.

Das Muster ist plausibel, widerspricht aber der von Fuchs¹⁷ berichteten sehr niedrigen Beziehung zwischen legal-unkonventioneller Beteiligung und zivilem Ungehorsam für die Bundesrepublik im Jahre 1989 (r .16). Das Berliner Ergebnis eines graduellen Übergangs von der legal-unkonventionellen Beteiligungsform zum zivilen Ungehorsam läßt die Konstruktion eines zusammenfassenden Index

17 Vgl. ebd., S. 14.

"unkonventionelle politische Beteiligung" zu. Zur Konstruktion dieses Index werden sieben der zehn Items herangezogen. Neben den beiden Items für politische Gewalt lassen wir auch die Beteiligungsart "wilder Streik" weg, weil die Gelegenheit, an einem solchen Streik teilzunehmen, für den nichtberufstätigen Teil der Bevölkerung nicht gegeben ist. Wir berechnen den Index sowohl für die Beteiligungsbereitschaft (Zusammenfassung der Kategorien "habe mich bereits daran beteiligt", "würde mich bei wichtiger Sache daran beteiligen" und "würde mich in außergewöhnlicher Situation daran beteiligen" vs. Rest) als auch für die berichtete tatsächliche Beteiligung (Kategorie "habe mich bereits daran beteiligt" vs. Rest).

Tabelle 3: Die Verteilung der Indizes "Unkonventionelle politische Beteiligung" und "Unkonventionelle politische Beteiligungsbereitschaft", 1981-1990

Unkonventionelle politische Beteiligung/ Beteiligungsbereitschaft	1981		1986		1990	
	UB %	UBB %	UB %	UBB %	UB %	UBB %
Ziviler Ungehorsam	4	36	5	31	22	62
Legal-unkonventionelle Beteiligung	26	41	29	45	57	35
Keine unkonventionelle Beteiligung	70	23	66	24	21	3
N	935		1878		1378	

UB: unkonventionelle politische Beteiligung

UBB: unkonventionelle politische Beteiligungsbereitschaft

Dabei gehen wir von der Vorstellung einer Erweiterung des Aktionsrepertoires aus und nehmen an, daß die Befragten, die sich an Aktionen zivilen Ungehorsams beteiligen (im Falle der Beteiligungsbereitschaft: beteiligen würden), sich ebenfalls der legal-unkonventionellen Beteiligungsformen bedienen (im Falle der Beteiligungsbereitschaft: bedienen würden). Anders ausgedrückt, wir stellen durch den Index dar, wie weit ein Bürger in der Wahl seiner Mittel, mit denen er politische Ziele durchsetzen will, bereit ist zu gehen. Dies entspricht der Logik der Guttman-Skalierung. Eine Überprüfung der Zahl der Klassifikationsfehler ergibt, daß diese Logik auf unsere Indizes angewendet werden kann. Die Stufen der Beteiligungsskala sind wie folgt definiert:

Skalenwert 0: Der Befragte hat sich weder legal-unkonventionell beteiligt noch an Aktionen zivilen Ungehorsams teilgenommen.

Skalenwert 1: Der Befragte hat sich politisch legal-unkonventionell beteiligt.

Skalenwert 2: Der Befragte hat sich legal-unkonventionell beteiligt *und* an Aktionen zivilen Ungehorsams teilgenommen.

Für die Skala zur Beteiligungsbereitschaft gilt die Vorgehensweise, bei anders definiertem cutting point, analog.

Die Verteilung der Skalenwerte zu den drei Untersuchungszeitpunkten ist in Tabelle 3 dargestellt. Sie zeigt, nunmehr zusammenfassend, den dramatischen Anstieg der unkonventionellen politischen Beteiligung und der politischen Beteiligungsbereitschaft. Die Anzahl derer, die im Jahre 1990 berichten, sie hätten für die Durchsetzung politischer Ziele bereits einmal zivilen Ungehorsam demonstriert, hat sich nach diesem Befund im Vergleich zu 1981 und 1986 mehr als verfünffacht, das Beteiligungspotential verdoppelt. Das bedeutet, anders ausgedrückt, daß das Potential für zivilen Ungehorsam gewachsen ist und in immer stärkerem Maße ausgeschöpft wurde.

Wir wollen im folgenden untersuchen, ob sich die Bestimmungsgründe für die unkonventionelle politische Beteiligung im Zeitverlauf geändert haben oder gleich geblieben sind.

3. Bestimmungsgründe der unkonventionellen politischen Beteiligung

Sozioökonomische Lagerung, Organisationsbindung und Wertorientierung bestimmen strukturell die Bereitschaft zur politischen Beteiligung. Aus der Vielfalt dieser Einflußgrößen haben wir diejenigen für die Analyse ausgewählt, die sich in der bisherigen Partizipationsforschung als erklärungskräftig erwiesen haben¹⁸. Die ausgewählten Merkmale werden zunächst überblicksartig, unter dem Aspekt der zweiseitigen Beziehung zur unkonventionellen politischen Beteiligung, diskutiert.

Als Maßzahl für die Stärke der Beziehung zwischen der unkonventionellen politischen Beteiligung und den Merkmalen, die den Grad der unkonventionellen Beteiligung erklären sollen, haben wir Gamma ausgewählt. Liegt Gamma (abgesehen vom Vorzeichen) im Wertebereich zwischen 0 und .20, sprechen wir von einer schwach ausgeprägten Beziehung. Liegt Gamma zwischen .21 und .40 sprechen wir von einer mittelstarken Beziehung und liegt die Maßzahl darüber, klassifizieren wir die Beziehung als stark.

18 Unsere wesentlichen Bezugspunkte sind: Lester W. Milbrath/M. Lal Goel, *Political Participation*, Chicago: Rand McNally 1977; Nie/ Verba, *Political Participation* (Anm. 6); Sidney Verba/Norman H. Nie, *Participation in America, Political Democracy and Social Equality*, New York: Harper & Row 1972; Sidney Verba/Norman H. Nie/Jae-on Kim, *Participation and Political Equality, A Seven-Nation Comparison*, Cambridge: Cambridge University Press 1978; Barnes/Kaase et al., *Political Action* (Anm. 3); David Horton Smith/Jacqueline Macaulay et al. (Hrsg.), *Participation in Social and Political Activities*, San Francisco: Jossey, Bass 1980.

3.1. Demographische Merkmale

Geschlecht und Alter sind demographische Merkmale, die für die Erklärung der politischen Beteiligung häufig herangezogen werden. In unserer Analyse werden unter theoretischen Gesichtspunkten hinsichtlich des Geschlechts die Rollenerwartungen und hinsichtlich des Alters der Generationsaspekt betont. Für Männer wird im Vergleich zu den Frauen ein höherer Grad der politischen Partizipation erwartet. Dies entspricht den traditionellen Normen, die für die Hausfrau und für den berufstätigen Mann gelten. Danach gehört die Beschäftigung mit der Politik vor allem zu der Rollenverpflichtung des Mannes; die Aktivitäten der Frau haben sich demgegenüber auf den Familienhaushalt und die Privatsphäre zu beschränken. Die zunehmende Berufstätigkeit der Frau und die zunehmende gesellschaftliche Forderung nach Gleichberechtigung von Mann und Frau haben diese Normen verändert. Das Ergebnis unserer Analyse zeigt, daß sich die Beziehung, die bereits 1981 nur mittelstark ausgeprägt war, 1986 und 1990 noch einmal deutlich abgeschwächt hat.

Tabelle 4: Unkonventionelle politische Beteiligung und Geschlecht

Unkonventionelle politische Beteiligung	Geschlecht					
	Frauen			Männer		
	1981 %	1986 %	1990 %	1981 %	1986 %	1990 %
Ziviler Ungehorsam	3	4	20	5	6	23
Legal unkonventionelle Beteiligung	21	26	57	31	33	57
Keine unkonventionelle Beteiligung	76	70	23	64	61	20
N	508	2848	662	427	2484	699

Gamma:

1981	.25
1986	.19
1990	.09

Alter wird in dieser Untersuchung im Sinne von Generationslagerung interpretiert. Konkret werden solche Alterskohorten zusammengefaßt, die in den jeweils "formativen Jahren" voneinander deutlich verschiedene Herrschaftskonstellationen erlebt haben¹⁹. Es wird angenommen, daß sich die Erfahrung demokratischer Regimes auf die Beteiligungsbereitschaft positiv auswirkt. Innerhalb des demokratischen Regimes der Bundesrepublik soll dies insbesondere für die Periode der sozial-liberalen Koalition gelten, die programmatisch unter dem Leitmotiv "Mehr Demokratie wagen" angetreten ist.

Das Ergebnis der Umfrage bestätigt die Erwartungen nur zum Teil. Einerseits gilt - im Sinne der These - daß durchgängig die Partizipationsbereitschaft für die Alterskohorten am höchsten ist, die im Kontext der Bundesrepublik politisch geprägt wurden. Andererseits trifft die These aber auf die Weimarer Generation nicht zu. Tendenziell bestätigt sich auch die Vermutung, daß die Kohorte, die die Aufbruchsstimmung der sozial-liberalen Koalition erfuhr, den höchsten Grad unkonventioneller Beteiligung zeigt. Doch weist auch die jüngste Kohorte, die in der Zeit nach der Ablösung der sozial-liberalen Koalition politisch erwachsen wurde, eine ähnlich hohe Beteiligungsrate auf.

Nun kann jedoch aufgrund von Querschnittsdaten allein nicht leicht zwischen Generations-, Perioden- und Lebenszykluseffekten unterschieden werden. Darüber hinaus sind die Alterskohorten sozialstrukturell sehr unterschiedlich zusammengesetzt. Zu nennen ist hier beispielsweise die unterschiedliche Verteilung der Schulbildung. Aber auch die "Medienrevolution" oder die Entwicklung zum "Sozialstaat" und die Lockerung der Kontrolle von Einstellungen und Verhalten durch die Familie können die Partizipationsneigung - jenseits der Regimeverhältnisse - positiv beeinflusst haben. Unser Festhalten an dem regimespezifisch begründeten Generationskonzept ist deshalb in erster Linie eine theoretische Entscheidung, die ganz sicher noch Gegenstand der weiteren Diskussion sein muß. Sieht man von der regimespezifischen Komponente ab, dann gilt eindeutig, daß die Bereitschaft zur unkonventionellen politischen Beteiligung in den jüngeren Alterskohorten deutlich stärker ausgeprägt ist. So kommt in West-Berlin ziviler Ungehorsam in den ältesten Kohorten acht- bis fünfmal weniger vor als in den jüngsten Kohorten. Statistisch gesehen, ergibt sich 1981 und 1990 eine starke, 1986 eine mittelstarke Beziehung.

19 Dies ist mit der sozialisationstheoretischen Annahme verknüpft, daß sich die politischen Grundeinstellungen in der Adoleszenzphase ausbilden. Die Annahme ist umstritten. Die Literatur zur politischen Sozialisation ist außerordentlich umfangreich; sie kann hier nicht dargestellt werden. Einen knappen ersten Einstieg und die wichtigsten Literaturhinweise bieten: Dorothee Dickenberger, Politische Sozialisation, in: Manfred G. Schmidt (Hrsg.), *Westliche Industriegesellschaften*, München: Piper 1983, S. 351-357; Michael Zängle, *Einführung in die politische Sozialisationsforschung*, Paderborn: Schöningh 1978.

Tabelle 5: Unkonventionelle politische Beteiligung und Sozialisationsperiode

	Weimar			Nazi			Sozialisationsperiode						SPD			CDU		
	1981	1986	1990	1981	1986	1990	1981	1986	1990	1981	1986	1990	1981	1986	1990	1981	1986	1990
Unkonventionelle politische Beteiligung	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Ziviler Ungehorsam	-	1	-	1	0	2	3	5	16	11	9	33	23					
Legal unkonventionelle Beteiligung	12	19	46	21	23	64	29	31	60	40	39	53	58					
Keine unkonventionelle Beteiligung	88	80	54	78	77	34	68	64	24	49	52	14	19					
N	249	851	67	152	874	149	308	2262	452	226	1262	635	69					

Gamma

1981 .50

1986 .35

1990 .41

a) 1949-1969

b) 1982-

3.2. Sozioökonomische Merkmale

Was den Zusammenhang zwischen sozioökonomischem Status und der Bereitschaft zur politischen Beteiligung betrifft, so stimmen die in der Literatur mitgeteilten Ergebnisse weitgehend überein: Mit höherem sozio-ökonomischen Status wachsen die Beteiligungsbereitschaft und die Beteiligungsmöglichkeit. Verba/Nie/Kim²⁰, Barnes/Kaase et al.²¹ und Kaase²² haben diesen Sachverhalt mit Daten aus international vergleichenden Studien sowohl für den Bereich konventioneller als auch unkonventioneller Partizipationsformen belegt.

In dieser Untersuchung betrachten wir zwei Indikatoren für den sozio-ökonomischen Status der Befragten: die Schulbildung und die soziale Schichtzugehörigkeit. Das Merkmal Schulbildung kann in unterschiedlicher Weise gedeutet werden. Da die Art des Wissens, das in den einzelnen Schultypen vermittelt wird, die Art der individuellen Informationsverarbeitung prägt, liegt es nahe, bei der Interpretation den Aspekt der "kognitiven Kompetenz" zu betonen. So erweist sich beispielsweise das in den höheren Schulen eher geförderte abstrakte Denken als hilfreich, um das Gemeinsame zu erkennen, das die Fülle der Einzelinformationen miteinander verbindet, mit denen die Massenmedien den Bürger, auch im Bereich des Politischen, in erster Linie versorgen. Dies wiederum beeinflusst aber, wie die Forschung zeigt, die Partizipationsneigung²³. Andererseits sind Bildungsabschlüsse integraler Bestandteil des sozialen Status einer Person. Der Akademiker genießt in der Regel einen höheren Grad an gesellschaftlicher Anerkennung als der Hauptschulabsolvent. Dies gilt auch deshalb, weil das Berufs- und das Bildungssystem in vielfältiger Weise aufeinander bezogen sind. So setzt einerseits der Eintritt in sozial begehrte Berufsrollen höhere Bildungsabschlüsse voraus, während andererseits die Chance, einen höheren Bildungsabschluß zu erwerben, mit der sozialen Schichtzugehörigkeit der Herkunftsfamilie wächst. Auch wenn man den Statusaspekt der Schulbildung betont, gilt die These, daß mit höherer Schulbildung die Beteiligungsbereitschaft steigt. Zusätzlich wird angenommen, daß mit höherem sozialem Status auch die Beteiligungsmöglichkeit größer ist. Neben der besseren individuellen Informationsverarbeitungskapazität wirkt, so die These, das mit dem höheren sozialen Status gegebene soziale Beziehungsgeflecht partizipationsfördernd. Darüber hinaus gehört die politische Beteiligung zu den Rollenpflichten der Statushöheren. Dies wird durch verschiedene Einstellungsuntersuchungen belegt²⁴. Wir deuten das Merkmal Schulbildung in diesem umfassenderen Sinne und unter-

20 Vgl. Verba/Nie/Kim, *Participation and Political Equality* (Anm. 18).

21 Vgl. Barnes/Kaase et al., *Political Action* (Anm. 3).

22 Vgl. Max Kaase, Partizipatorische Revolution - Ende der Parteien?, in: Joachim Raschke (Hrsg.), *Bürger und Parteien*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1982, S. 173-189.

23 Vgl. Hans-Dieter Klingemann, The Background of Ideological Conceptualization, in: Barnes/Kaase et al., *Political Action* (Anm. 3), S. 255-277.

24 Vgl. z.B. Verba/Nie, *Participation in America* (Anm. 18), S. 125-137.

scheiden in der vorliegenden Analyse Befragte mit Hauptschulbildung, Mittelschulbildung und höherer Schulbildung (Abitur, Hochschule).

Das zweite Merkmal, die soziale Schichtzugehörigkeit, wird hier durch den Beruf definiert. Es werden Arbeiter, Angehörige des Neuen Mittelstandes (Beamte und Angestellte) und Angehörige des Alten Mittelstandes (Selbständige) unterschieden. Die Befragten werden, wenn sie einmal berufstätig waren, nach dem eigenen Beruf, wenn sie nicht berufstätig waren, nach dem des Haushaltsvorstands klassifiziert.

Es wird erwartet, daß die Beteiligungsbereitschaft mit höherer sozialer Schichtzugehörigkeit ansteigt. Die Begründung folgt den Argumenten, die bereits im Zusammenhang mit der Statusinterpretation von Schulbildung vorgebracht wurden.

Die in den Tabellen 6 und 7 mitgeteilten Ergebnisse entsprechen der allgemeinen These nur im Falle der Schulbildung. Hier ist die Bereitschaft zum zivilen Ungehorsam bei Personen mit höheren Bildungsabschlüssen mindestens dreimal so groß wie die bei den Hauptschülern.

Tabelle 6: Unkonventionelle politische Beteiligung und Schulbildung

Unkonventionelle politische Beteiligung	Hauptschule			Schulbildung Mittelschule			Höhere Schule		
	1981 %	1986 %	1990 %	1981 %	1986 %	1990 %	1981 %	1986 %	1990 %
Ziviler Ungehorsam	2	1	10	4	4	16	11	15	34
Legal unkonventionelle Beteiligung	16	21	49	35	33	62	46	45	58
Keine unkonventionelle Beteiligung	82	78	41	61	63	22	43	40	8
N	548	2657	377	220	1695	456	167	980	545
Gamma									
1981	.56								
1986	.48								
1990	.50								

Die durch den Assoziationskoeffizienten ausgedrückten Beziehungen sind zu allen drei Zeitpunkten stark ausgeprägt. Im Falle der sozialen Schicht ist der Zusammenhang dagegen 1981 und 1990 schwach, 1986 mittelstark. Das spricht gegen unsere Ausgangsthese. Wir führen dies darauf zurück, daß der Aspekt der kogniti-

ven Kompetenz für die unkonventionelle Beteiligung schwerer wiegt als der Aspekt des über den Beruf definierten sozialen Status. Generell kann festgehalten werden, daß mit höherem Bildungsniveau der Grad der politischen Partizipation wächst.

Tabelle 7: Unkonventionelle politische Beteiligung und soziale Schicht

Unkonventionelle politische Beteiligung	Soziale Schicht								
	1981	Arbeiter		Neuer Mittelstand			Alter Mittelstand		
	1981	1986	1990	1981	1986	1990	1981	1986	1990
	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Ziviler Ungehorsam	3	2	18	4	4	21	1	8	23
Legal unkonventio- nelle Beteiligung	22	22	51	27	32	59	22	31	60
Keine unkonventio- nelle Beteiligung	76	76	31	69	64	20	77	61	17
N	291	1564	261	451	2846	816	92	375	132

Gamma

1981	.06
1986	.24
1990	.15

3.3. Bindung an Organisationen

Von den Merkmalen Schulbildung und soziale Schichtzugehörigkeit wird angenommen, daß sie die Bereitschaft zur politischen Partizipation auf individueller Ebene beeinflussen. Diese individualistische Art der Betrachtung läßt jedoch außer acht, daß Organisationen, unabhängig vom sozioökonomischen Status ihrer Mitglieder, einen eigenständigen Beitrag zur politischen Mobilisierung leisten können. Die Gewerkschaften, die Kirchen, insbesondere aber auch die politischen Parteien, sind hierfür die herausragenden Beispiele²⁵. So haben es beispielsweise die Gewerkschaften durch ihre Mobilisierungsanstrengungen vermocht, statusniedrige

25 Vgl. Nie/Verba, Political Participation (Anm. 6), S. 53-59.

Personen stärker in den Prozeß der politischen Willensbildung einzubringen, als dies aufgrund der individuellen sozioökonomischen Merkmale vermutet werden konnte. Zudem signalisiert die Mitgliedschaft in und die psychologische Bindung an Organisationen ein individuelles Interesse am öffentlichen Leben. In dem Merkmal Organisationsbindung vermischen sich also kollektiv und individuell wirksame Einflüsse auf die politische Beteiligung. Dies verstärkt die These, daß der Grad der Organisationsbindung mit dem Grad der politischen Beteiligung in einem positiven Verhältnis stehen sollte.

Tabelle 8: Unkonventionelle politische Beteiligung und Gewerkschaftsmitgliedschaft

Unkonventionelle politische Beteiligung	Gewerkschaftsmitgliedschaft					
	Nichtmitglied			Mitglied		
	1981 %	1986 %	1990 %	1981 %	1986 %	1990 %
Ziviler Ungehorsam	4	4	21	6	7	25
Legal unkonventionelle Beteiligung	23	28	56	37	43	61
Keine unkonventionelle Beteiligung	73	68	24	57	50	14
N	768	4809	1080	167	522	298

Gamma	
1981	.33
1986	.34
1990	.19

Für unsere Analyse wurden drei unterschiedliche Indikatoren für Organisationsbindung ausgewählt: Bindung an die Gewerkschaften (Mitgliedschaft), Bindung an die Kirche (Kirchgangshäufigkeit) und Bindung an politische Parteien (Stärke der Parteiidentifikation).

Der empirische Befund stützt den zwischen der Organisationsbindung und der politischen Partizipation generell vermuteten Zusammenhang nur mittelstark bis schwach. Die unkonventionelle Beteiligung wächst noch am stärksten mit der Gewerkschaftsmitgliedschaft und der Parteiidentifikation. Sie sinkt, aber im Durchschnitt nur schwach, mit steigender Kirchenbindung.

Tabelle 9: Unkonventionelle politische Beteiligung und Kirchenbindung

Unkonventionelle politische Beteiligung	Kirchenbindung											
	Keine			Schwach			Stark			Sehr stark		
	1981 %	1986 %	1990 %	1981 %	1986 %	1990 %	1981 %	1986 %	1990 %	1981 %	1986 %	1990 %
Ziviler Ungehorsam	7	6	29	2	3	18	0	4	12	1	3	9
Legal unkonventionelle Beteiligung	29	31	53	24	27	59	22	26	65	21	33	52
Keine unkonventionelle Beteiligung	64	63	18	74	70	23	78	70	23	78	64	39
N	420	2527	640	282	1994	413	148	588	240	85	223	85

Gamma

1981 -.24

1986 -.11

1990 -.25

3.4. Wertorientierungen

Werte sind abstrakte Maßstäbe, an denen Politik - Zustände, Ereignisse oder Objekte - gemessen wird. Das Ergebnis wertorientierter Politikbeurteilung, insbesondere dann, wenn eine Diskrepanz zwischen Sein und Sollen vorliegt, kann als eine wichtige Quelle der Motivation zum politischen Handeln betrachtet werden. Obgleich diese generelle Feststellung noch nichts über die spezifische Beziehung zwischen abstrakten Maßstäben, konkreter Bewertung einzelner Sachverhalte und spezifischen Handlungspräferenzen aussagt, ist die These wertbezogener Handlungsantriebe doch weitgehend unbestritten.

In der vorliegenden Untersuchung werden zwei Indikatoren für Wertorientierungen herangezogen: (1) der von Inglehart²⁶ vorgeschlagene Index für die Dominanz "materialistischer" oder "postmaterialistischer" Wertorientierung und (2) die in dieser Form von Klingemann/Pappi²⁷ in den deutschen Sprachraum eingeführte "Links-Rechts"-Selbsteinstufungsskala. Die Meßinstrumente sind gut dokumentiert und in einer Fülle von Untersuchungen verwendet worden. Die Erwartung höherer politischer Beteiligung ist mit einer eher linken oder einer eher postmaterialistischen Wertorientierung verknüpft. Dies ergibt sich theoretisch aus der Gleichheitsforderung der Linken und dem individuell motivierten Gestaltungswunsch der Postmaterialisten. Wir wollen diese Argumente nicht weiter ausführen, weil hierzu schon eine umfangreiche und weithin bekannte Literatur vorliegt.

Der Berliner Befund entspricht diesen Erwartungen. In West-Berlin sind die Beziehungen zwischen den genannten Wertorientierungen und der unkonventionellen Beteiligung generell stark. Nur 1986 schwächen sie sich etwas ab. In den Tabellen 11 und 12 werden die großen Unterschiede zwischen den Linken und Rechten und den Materialisten und Postmaterialisten deutlich. Die Beziehungen sind im Jahr 1990 besonders stark ausgeprägt. Die Assoziationsmaße signalisieren ein Muster des Zusammenhangs, das den Wunsch nach stärkerer Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten bei den eher "progressiven" Teilen der Bevölkerung betont.

26 Ronald Inglehart, Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies, in: *The American Political Science Review*, 65. Jg. 1971, H. 4, S. 991-1017.

27 Hans-Dieter Klingemann/Franz Urban Pappi, *Politischer Radikalismus*, München: Oldenbourg 1972.

Tabelle 11: Unkonventionelle politische Beteiligung und Links-Rechts-Selbsteinstufung

Unkonventionelle politische Beteiligung	Links						Links-Rechts-Selbsteinstufung						Mitte-Rechts						Rechts					
	1981	1986	1990	%	1981	1986	1990	%	1981	1986	1990	%	1981	1986	1990	%	1981	1986	1990	%	1981	1986	1990	%
Ziviler Ungehorsam	20	18	43		2	5	16		0	2	7						1	4	6					
Legal unkonventionelle Beteiligung	53	46	51		25	37	64		19	29	59		27	23	56									
Keine unkonventionelle Beteiligung	27	36	6		73	58	20		81	69	34		72	73	38									
N	117	708	410		278	1270	456		262	1285	278		128	635	89									

Gamma

1981 -.41

1986 -.38

1990 -.56

3.5. Zusammenfassende Analyse der sozialen und wertbezogenen Bestimmungsgründe der politischen Beteiligung

Im vorangegangenen Abschnitt wurden die zweiseitigen Beziehungen ausgewählter Merkmale zur unkonventionellen politischen Beteiligung diskutiert. Betrachtet man die Richtung der Beziehungen, so haben sich die theoretisch erwarteten Ergebnisse in der Regel eingestellt. Die Stärke der Beziehungen schwankt zwischen den Merkmalen beträchtlich, verändert sich aber über die Zeit nur geringfügig. Schulbildung und Alter und die beiden Wertorientierungen erweisen sich, statistisch gesehen, als die "besten" Prädiktoren für unkonventionelle politische Beteiligung in West-Berlin. Dieses Ergebnis entspricht den bisherigen Befunden der Partizipationsforschung. Daß sich, bei drastischer Zunahme der unkonventionellen Beteiligung, die Struktur der Beziehungen im Zeitverlauf kaum verändert hat, bleibt als wichtiges Ergebnis festzuhalten. Das gilt in der Tendenz auch für die Beteiligungsbereitschaft, für die die Ergebnisse hier nicht dargestellt werden.

Es muß unter zusammenfassenden Aspekten allerdings noch berücksichtigt werden, daß die zur Erklärung der politischen Beteiligung herangezogenen Merkmale nicht unabhängig voneinander sind. So wächst beispielsweise die postmaterialistische Wertorientierung mit höherem Schulabschluß, nimmt mit steigendem Alter die Kirchenbindung zu und sind unter den Männern mehr Gewerkschaftsmitglieder zu finden als unter den Frauen. Man kann also nicht ausschließen, daß sich eine zweiseitige Beziehung bei Kontrolle eines dritten Merkmals verändert. Dieser Sachverhalt kann mit Hilfe einer multiplen Regression überprüft werden. Die in Tabelle 13 mitgeteilten Regressionskoeffizienten geben an, wie groß der Zusammenhang zwischen dem jeweiligen Merkmal und unkonventioneller politischer Beteiligung bei gleichzeitiger Kontrolle aller übrigen betrachteten Merkmale ist.

Betrachtet man die Beziehungen, dann ergibt sich ein eindeutiges Muster. Die schon in der bivariaten Analyse identifizierten starken Zusammenhänge zwischen unkonventioneller politischer Beteiligung und Schulbildung, Alter, Links-Rechts-Selbsteinstufung und Materialismus-Postmaterialismus-Orientierung bleiben auch in der multivariaten Analyse erhalten. Hinzu tritt ein mittlerer Effekt, der von der Stärke der Parteiidentifikation auf die unkonventionelle Beteiligung ausgeht. Diese Beziehung nimmt allerdings im Zeitverlauf ab. Das gilt auch für die Effekte von Schulbildung und Alter. Dagegen wächst das Gewicht der beiden Wertorientierungen. Legt man die drei Stichproben zusammen und betrachtet zusätzlich den Erhebungszeitpunkt als unabhängige Variable, dann trägt auch dieses Merkmal zur Erklärung bei. Selbst wenn man das Zusammenspiel aller neun ausgewählten unabhängigen Variablen berücksichtigt, steigt die unkonventionelle politische Beteiligung auch allein durch das Fortschreiten der Zeit. Je länger die Gelegenheit zum politischen Engagement, um so größer ist auch die berichtete Beteiligung.

Tabelle 13: Das relative Gewicht der ausgewählten unabhängigen Variablen zur Erklärung der unkonventionellen politischen Beteiligung

Unabhängige Merkmale	1981 beta	1986 beta	1990 beta	Insgesamt beta
Geschlecht	.011	.033	.033	.032
Alter	-.115	-.158	-.119	-.145
Schulbildung	.235	.177	.152	.179
Soziale Schicht	-.053	.027	.025	.031
Gewerkschafts- mitgliedschaft	.067	.078	.051	.068
Kirchenbindung	-.039	.052	-.065	.021
Stärke der Partei- identifikation	.142	.185	.094	.178
Links-Rechts- Selbsteinstufung	-.143	-.167	-.211	-.192
Materialismus- Postmaterialismus	-.123	-.123	-.213	-.128
Erhebungsjahr				.188
R ²	.23	.23	.30	.33

Die bisherige Analyse hat gezeigt, daß sich die Struktur der Beziehungen zwischen den Hauptdeterminanten unkonventioneller politischer Beteiligung - Schulbildung, Alter und Wertorientierungen - im Zeitverlauf nur leicht zugunsten eines größeren Gewichts der Wertorientierungen geändert hat. Nach wie vor sind es die jungen, gut ausgebildeten Bürger mit linken oder postmaterialistischen Überzeugungen, die sich, verglichen mit anderen Bevölkerungsgruppen, auf unkonventionelle Weise in die Politik einmischen. Sie tun dies in steigendem Maße, und ihr Gewicht wird im Zeitverlauf deutlich größer. So wuchs der Anteil der wahlberechtigten Westberliner Bevölkerung, deren politische Sozialisation in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte, von 57 Prozent im Jahre 1981 auf 84 Prozent im Jahre 1990. Die Anzahl der Hauptschulabsolventen sank in unseren Stichproben von 59 Prozent auf knapp unter 30 Prozent. Der Anteil der Linken wuchs von 15 Prozent auf 33 Prozent, und der Anteil der Postmaterialisten erhöhte sich von 21 Prozent auf 57 Prozent. Darüber hinaus hat die Umbruchsituation im Frühjahr 1990 in

Berlin sicherlich mit zu dem überproportionalen Anstieg der unkonventionellen politischen Beteiligung beigetragen.

4. Die Konsequenzen der politischen Beteiligung

Was folgt aus dieser Entwicklung? Wir wollen diese Frage im Rahmen repräsentationstheoretischer Überlegungen diskutieren. Wir haben diesen Bezugsrahmen gewählt, weil uns die möglichen Folgen der Ausbreitung unkonventioneller Beteiligungsformen für den politischen Repräsentationsprozeß am bedeutsamsten erscheinen. Speziell fragen wir:

- (1) Unterscheiden sich die Politikprioritäten derjenigen, die sich in verstärktem Maße unkonventioneller Beteiligungsformen bedienen, von denen der weniger aktiven Bevölkerungsgruppen?
- (2) Wie reagiert die etablierte politische Führungsschicht auf den Versuch der Einflußnahme mit unkonventionellen Mitteln?

Der Versuch einer Antwort muß hier weitgehend spekulativ bleiben, weil uns die für eine empirische Analyse nötigen Daten nur zum Teil und das auch noch für nur einen Zeitpunkt, das Jahr 1981, vorliegen.

In der Forschung haben sich vor allem Verba/Nie mit dem angesprochenen Themenbereich beschäftigt²⁸. Sie ermittelten Anfang der siebziger Jahre die Politikprioritäten der politischen Führungsschichten in 64 amerikanischen Gemeinden und stellten sie den Politikprioritäten der Gemeindeglieder gegenüber. Dabei wurde zwischen Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlicher Partizipationsneigung differenziert. Sie haben dies allerdings nur für konventionelle politische Beteiligung nachgewiesen. Die von Verba/Nie mitgeteilten Ergebnisse besagen zweierlei:

- (a) Die aktiven Bürger haben andere Politikpräferenzen als die eher inaktiven Bürger, und
- (b) die Politikprioritäten der Aktiven stimmen mit denen der politischen Führungsschicht weitgehend überein. Verba/Nie deuten dies als einen Effekt der politischen Partizipation. Die politische Führungsschicht reagiert auf den aktiven Bürger.

Die Anlage der im Jahre 1981 zusammen mit Dietrich Herzog durchgeführten Berlin-Studie läßt einen ähnlichen Vergleich der Politikprioritäten der Wählerschaft einerseits und der politischen Führungsschicht andererseits zu. Letztere wird durch die Kandidaten der CDU, FDP, SPD und AL, die sich im Jahre 1981 zur Wahl zum Abgeordnetenhaus beworben haben, operational definiert²⁹.

28 Vgl. Verba/Nie, *Participation in America* (Anm. 8), S. 299-333, 410-414. Diese Angabe gilt auch für die folgenden Verweise auf Verba/Nie.

29 In der Kandidatenumfrage wurden sowohl die Kandidaten zum Berliner Abgeordnetenhaus als auch die Kandidaten zu den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen befragt. Wir haben uns in unserer Analyse auf die Kandidaten der CDU, FDP, SPD und

Um die Politikprioritäten der Wählerschaft zu ermitteln, wurde im Interview die folgende Frage gestellt: "Wir haben hier eine Reihe von Aufgaben und Zielen, über die in Berlin gesprochen wird. Sagen Sie uns bitte für jede dieser Aufgaben, ob sie Ihnen persönlich sehr wichtig, wichtig, nicht so wichtig, ganz unwichtig erscheint oder ob Sie dagegen sind."

Den Kandidaten wurde eine entsprechende Frage vorgelegt: "In der Öffentlichkeit werden zahlreiche Aufgabengebiete für die Berliner Politik diskutiert. Sicher werden nicht alle zugleich gelöst werden können. Auch ist für manche die Gesetzgebung des Bundes notwendig. Wir haben hier einen Katalog verschiedener Aufgabengebiete zusammengestellt. Kennzeichnen Sie bitte, welche Sie jeweils für vordringlich, dringlich, weniger dringlich oder nicht dringlich bzw. unwichtig halten."

Tabelle 14: Die Politikprioritäten von Wählerschaft und politischer Führungsschicht: Formulierung der verglichenen Themen im Fragebogen

Bevölkerungsumfrage (Wählerschaft)	Kandidatenumfrage (politische Führungsschicht)
<i>Wohnungspolitik:</i> Bereitstellung billigen Wohnraums	Wohnungen und Mieterschutz
<i>Bürger einfluß:</i> Mehr Einfluß der Bürger auf politische Entscheidungen	Freiheiten und demokratische Rechte des Bürgers
<i>Filz:</i> Maßnahmen gegen "Filz" in Politik und Verwaltung	Bürokratie und "Filz"
<i>Interessen der älteren Mitbürger:</i> Stärkere Berücksichtigung der Interessen älterer Mitbürger	Rentner, Senioren
<i>Arbeitsplätze:</i> Schaffung neuer Arbeitsplätze	Arbeitsplätze
<i>Unterstützung alternativer Lebensformen</i> Unterstützung alternativer Lebensformen	Förderung von Projekten der Bürgerinitiativen und Alternativbewegung

AL beschränkt, die sich für das Abgeordnetenhaus beworben haben. Dies geschah deshalb, weil wir meinen, daß dadurch der für die Repräsentationsproblematik generell wichtige gesamtberliner Aspekt besser getroffen wird.

In der Bevölkerungsumfrage wurden zehn, in der Kandidatenbefragung 33 einzelne politische Themen zur Bewertung vorgegeben. Sechs dieser Themen sind, wenn auch nicht wörtlich, so doch dem Inhalt nach vergleichbar. Im einzelnen handelt es sich um Fragen der Wohnungspolitik, der Interessenverfälschung, der Arbeitsmarktpolitik, der Sozialpolitik, der Teilnahmerechte der Bürger und der Unterstützung alternativer Lebensformen. Die genauen Formulierungen sind in Tabelle 14 zusammengestellt.

Die "Wohnungspolitik" und der "Filz" standen im Jahre 1981, nicht zuletzt wegen der Hausbesetzungen und der Garski-Affäre, im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Das mangelnde Arbeitsplatzangebot ("Arbeitsplätze") war (und ist) nicht nur in Berlin ein zentrales politisches Problem. Angesichts der Überalterung der Stadt kann das Thema "Interessen der älteren Mitbürger" stets besondere Aufmerksamkeit beanspruchen. Die Fragen des "Bürgereinflusses" auf die Politik und die "Unterstützung alternativer Lebensformen" wurden im Wahlkampf 1981 ebenfalls breit thematisiert³⁰. Die erfaßten sechs Problembereiche bilden die Vielfalt der 1981 diskutierten politischen Themen sicherlich nicht erschöpfend ab. Die vorliegenden Daten erlauben es aber, die Frage der Übereinstimmung der Politikprioritäten von Bürgern und Führungsschicht sinnvoll zu untersuchen.

Verglichen wird die Rangordnung der Themen zwischen Bürgern, die sich unterschiedlicher Formen unkonventioneller politischer Beteiligung bedienen, einerseits und den Kandidaten andererseits. Ermittelt werden die Rangordnungen durch die relative Häufigkeit, mit der die einzelnen Themen in den jeweiligen Gruppen als "sehr wichtig" (Bevölkerung) oder "vordringlich" (Kandidaten) eingestuft werden. Die Rangordnung sagt nichts über die Positionen aus, die ein Befragter zu diesen Fragen einnehmen kann - dies wäre für die Analyseabsicht auch gar nicht wünschenswert. Sie besagt nur, daß die ausgewählten politischen Themen in einer bestimmten Reihenfolge auf der Tagesordnung stehen.

Das Ergebnis der Analyse ist in Tabelle 15 dargestellt. Betrachtet man zunächst die in der Bevölkerung unterschiedenen Partizipationsgruppen, so zeigt sich eine weitgehende Übereinstimmung der Politikprioritäten. Die Wohnungspolitik (Rang 1), die "Filz"-Problematik (Rang 2) und die Frage der Bürgerbeteiligung (Rang 3) genießen das höchste, die Frage nach der Schaffung neuer Arbeitsplätze das niedrigste Interesse (Rang 6). Unterschiedliche Ansichten ergeben sich nur hinsichtlich der Fragen nach der Unterstützung alternativer Lebensformen und der stärkeren Berücksichtigung der Interessen der älteren Mitbürger. Hier vertreten die Bürger, die bereit sind, ihre Ziele auch mit dem Mittel des zivilen Ungehorsams durchzusetzen, eher das Ziel, alternative Lebensformen (Rang 4) zu unterstützen, während die Bürger, die nur bis zur legal-unkonventionellen Beteiligung gehen, eher für die Berücksichtigung der Interessen der älteren Mitbürger sind (Rang 4). Das steht im Einklang mit dem deutlich höheren Anteil von Postmaterialisten unter denen, die sich der Form des zivilen Ungehorsams bedienen.

30 Weitere Angaben bei: Bernhard Weißels, *Wählerschaft und Führungsschicht, Probleme politischer Repräsentation*, Berlin: Universitätsdruck 1985.

Tabelle 15: Die Politikprioritäten von Wählerschaft und politischer Führungsschicht: Rangfolge der politischen Themen

Themen	Wohnungs- politik	Filz	Arbeits- plätze	Interessen der älteren Mit- bürger	Bürger- einfluß	Unterstützung alternativer Lebensformen
<i>Wähler nach unkonventioneller Beteiligung:</i>						
Ziviler Ungehorsam	1 ^{a)}	2	3	5	4	6
Legal unkonventionelle Beteiligung	1	2	3	4	5	6
Keine unkonventionelle Beteiligung	1	2	3	4	5	6
Politische Führungsschicht	2	4	1	6	3	5

a) Die Zelleingänge sind Rangplätze.

Damit kann nun die Frage beantwortet werden, in welcher Weise die Politikprioritäten der Bürger, die sich unkonventionell beteiligen, denen der Kandidaten entsprechen.

Die politische Führungsschicht widmet dem Thema "Arbeitsplätze" (Rang 1) im Unterschied zur Bevölkerung, die größte Aufmerksamkeit, es folgen die Probleme des "Wohnraums" (Rang 2), der "Bürgerbeteiligung" (Rang 3), des "Filzes" (Rang 4), der "alternativen Lebensformen" (Rang 5) und der "stärkeren Berücksichtigung der Interessen der älteren Bürger" (Rang 6).

Wir wollen den Befund nicht in allen Einzelheiten beschreiben. Es genügt die Feststellung, daß sich die Tagesordnung der Bürger, die sich in unterschiedlicher Weise unkonventionell in den politischen Entscheidungsprozeß einmischen, von der der professionellen Politiker unterscheidet. Dies widerspricht dem Ergebnis von Verba/Nie - möglicherweise deshalb, weil sie sich mit Bürgern beschäftigten, die sich ausschließlich im Rahmen traditioneller institutionalisierter Beteiligungsformen bewegen. Die sporadischen Mitpolitiker können sich zumindest in Berlin durch einen hohen Grad unkonventioneller Beteiligung bei der politischen Führungsschicht kaum mehr Gehör verschaffen als andere Bevölkerungsgruppen. Hier deutet sich ein Konflikt an.

Natürlich müssen politische Führungsgruppen werbend für ihre eigenen Ziele eintreten. Mobilisierungsaktivitäten der politischen Führungsschicht sind, zumindest in den demokratisch verfaßten Gesellschaften, eine notwendige Voraussetzung für den Prozeß der politischen Meinungsbildung. Aber wir teilen die Ansicht von Verba/Nie, Barnes/Kaase et al.³¹ und anderen, daß der professionelle Politiker sich heute mehr als früher mit der Meinung der aktiven Bürger auseinandersetzen muß, wenn es gilt, die Tagesordnung der Politik zu bestimmen. Tut er es nicht, riskiert er in weit größerem Maße als früher die grundsätzliche Opposition der neuen Gegeneliten.

Es entspricht der List der demokratischen Ordnung, daß die Führungsgruppen, wollen sie regieren, Mehrheiten erringen müssen. Das zwingt sie, zumindest langfristig, auf den aktiven Teil der Bürger zuzugehen, insbesondere dann, wenn er die Interessen weiter Bevölkerungsgruppen vertritt. Nur unter diesen Bedingungen kann die Kluft zwischen Bürgern und Eliten kleiner werden und sich eine differenziertere Struktur der politischen Schichtung entwickeln.

31 Vgl. Verba/Nie, *Participation in America* (Anm. 18); Barnes/Kaase et al., *Political Action* (Anm. 3).